

Jensen Huang – Amerikas strategischer Irrtum?

graphik: rkpresse-check.ch 11.2026

pressecheck | USA: Mangel an historischem Wissen

Roland Keller, Publizist | www.presse-check.ch



Basel, 15. November 2026.
Kommentar Roland Keller

Die eigentliche Gefahr für Amerika liegt dann nicht allein im technologischen Aufstieg Chinas, sondern in der Möglichkeit, dass die Vereinigten Staaten aus Angst vor dem Verlust ihrer Vorherrschaft beginnen, die Grundlagen dieser Vorherrschaft selbst zu zerstören.
Es ist von historischer Tragik dass Amerika China nicht versteht. China denkt in grossen historischen Zeiträumen und völlig anderen Kategorien.

Die Möglichkeit, dass Jensen Huang eines Tages nach China wechseln könnte, bleibt vorerst ein hypothetisches Szenario. Doch Huang ist taiwanischer Herkunft, und seine kulturellen Wurzeln reichen in jene chinesische Zivilisation zurück, deren geschichtliche Kontinuität weit über die Entstehung der modernen westlichen Nationalstaaten hinausgeht. Daraus lässt sich keine persönliche Loyalität zu Peking ableiten. Wohl aber stellt sich die Frage, ob Washington die historischen Kräfte begreift, mit denen es heute im technologischen Wettstreit steht.

China betrachtet seine Stellung in der Welt auch durch das Bewusstsein einer jahrtausendealten staatlichen und kulturellen Überlieferung. Die amerikanische Politik hingegen ist in ihren Entscheidungen häufig dem Rhythmus von Präsidentschaftswahlen, Legislaturperioden und kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen unterworfen. Während Peking seine strategischen Ziele über Jahrzehnte formuliert, wechseln in Washington Regierungen, Prioritäten und politische Doktrinen.
Doch schwerer als dieser Unterschied wiegt das historische Gedächtnis.
China hat das 19. Jahrhundert nicht vergessen. Die Opiumkriege, die erzwungenen Handelsverträge, die Abtretung Hongkongs an Grossbritannien, die ausländischen Konzessionen und die militärischen Interventionen europäischer Kolonialmächte gehören zu jenen Erfahrungen, die das chinesische Selbstverständnis bis heute prägen. Grossbritannien und Frankreich waren dabei zentrale Akteure; später beteiligten sich weitere Mächte, darunter Deutschland, Russland, Japan und die Vereinigten Staaten, in unterschiedlicher

Weise an der Durchsetzung ausländischer Interessen auf chinesischem Boden.
Was im Europa des Imperialismus als Ausdehnung von Handel, Einfluss und Macht galt, wurde in China zur Erfahrung erzwungener Unterordnung. Aus dieser geschichtlichen Verletzung erwuchs ein politisches Bewusstsein, das die Wiederherstellung nationaler Souveränität und internationaler Geltung zu einer zentralen Aufgabe erhob.
Die chinesische Führung bezeichnet diese Epoche als das «Jahrhundert der Demütigung». Sie nutzt deren Erinnerung bis heute, um ihren Anspruch auf nationale Wiedererstarkung historisch zu begründen.

Hier liegt ein wesentlicher Unterschied in der Wahrnehmung des gegenwärtigen Machtkampfes. Für Washington erscheint der Aufstieg Chinas vor allem als Herausforderung der bestehenden amerikanischen Weltordnung.
Für Peking lässt er sich zugleich als Wiedergewinnung einer Stellung darstellen, die China nach eigener historischer Deutung durch die Eingriffe fremder Mächte verloren hatte.

Die Auseinandersetzung um Halbleiter, künstliche Intelligenz und industrielle Vorherrschaft ist deshalb mehr als ein Wettbewerb um Märkte. Sie ist auch ein Kampf um politische Unabhängigkeit und um die Fähigkeit, die eigene Zukunft ohne technologische Abhängigkeit von einer fremden Grossmacht zu gestalten.

Darin liegt eine historische Fehleinschätzung des Westens: Wer glaubt, China durch wirtschaftlichen Druck und technologische Ausschliessung dauerhaft in seiner Entwicklung aufhalten zu können, unterschätzt die politische Wirkung jener Erfahrungen, die bereits i m 19. Jahrhundert den Widerstand gegen fremde Vorherrschaft hervorbrachten.

Die eigentliche Tragweite dieses Konflikts liegt nicht allein in der Frage,
wer die leistungsfähigeren Halbleiter entwickelt.
Sie liegt darin, ob die Vereinigten Staaten erkennen, dass sie es mit einer Macht zu tun haben, deren politische Führung den technologischen Aufstieg auch als Antwort auf eine lange Geschichte ausländischer Bevormundung versteht.
Denn eine Grossmacht kann die Gegenwart ihres Rivalen beherrschen wollen.
Über dessen historisches Gedächtnis verfügt sie nicht. China war nicht als Ganzes eine westliche Kolonie. Es verlor jedoch durch militärischen Zwang, ungleiche Verträge und ausländische Einflusszonen wesentliche Teile seiner Souveränität.

Sollte Jensen Huang tatsächlich nach China gehen und dort sein technologisches Wissen, seine internationalen Kontakte und seine aussergewöhnlichen unternehmerischen Fähigkeiten einbringen, könnte dies für die Vereinigten Staaten zu einer strategischen Niederlage von erheblicher Tragweite werden. China arbeitet seit Jahren daran, seine Abhängigkeit von amerikanischen Hochleistungshalbleitern zu überwinden.

Huang hatte wiederholt davor gewarnt, dass amerikanische Exportbeschränkungen China nicht dauerhaft technologisch isolieren würden. Im Gegenteil: Sie könnten genau jene Entwicklung beschleunigen, die Washington verhindern will – den Aufbau einer eigenständigen chinesischen Halbleiterindustrie.
Ein Jensen Huang, der seine Fähigkeiten nicht länger Nvidia, sondern der chinesischen Technologieindustrie zur Verfügung stellte, wäre für Peking ein ausserordentlicher strategischer Gewinn. Nicht allein wegen seines technischen Wissens, sondern vor allem auf-

grund seiner Erfahrung, industrielle Innovation, Kapital und internationale Märkte miteinander zu verbinden.
Hier offenbart sich ein grundlegender Widerspruch amerikanischer Machtpolitik:
Im Bestreben, Chinas technologischen Aufstieg aufzuhalten, könnte Washington selbst dazu beitragen, die Voraussetzungen für dessen Beschleunigung zu schaffen.

Der Konflikt zwischen wirtschaftlicher Vernunft und staatlichem Machtanspruch

Huang vertrat stets die Auffassung, dass amerikanische Technologieunternehmen ihre weltweite Führungsposition nur behaupten können, solange sie auf den internationalen Märkten konkurrenzfähig bleiben.
Eine Politik, die China systematisch von amerikanischer Spitzentechnologie abschneidet, zwingt den geopolitischen Rivalen geradezu, eigene Alternativen zu entwickeln.

Diese wirtschaftliche Logik kollidiert mit einer sicherheitspolitischen Strategie, die technologische Überlegenheit vor allem durch Beschränkungen und Ausschluss bewahren möchte.
Doch technologische Vorherrschaft lässt sich nicht auf Dauer durch Verbote sichern.
Sie beruht auf Innovationskraft, industrieller Leistungsfähigkeit und der Fähigkeit, wissenschaftliche Erkenntnisse in wirtschaftliche Macht umzusetzen.
Gerade deshalb ist die Führung eines Unternehmens wie Nvidia längst keine ausschliesslich unternehmerische Angelegenheit mehr.

Wer Nvidia kontrolliert, beeinflusst einen wesentlichen Teil der technologischen Infrastruktur des kommenden Jahrzehnts. Damit wird die Frage nach der Unternehmensführung zwangsläufig auch zu einer Frage staatlicher Machtinteressen.

Die Affäre Huang – Moral als Instrument der Macht?

Im Fall Huang verdichteten sich innerhalb weniger Tage unterschiedliche Vorwürfe zu einer existenziellen Führungskrise: Berichte über ausserehelliche Beziehungen, mögliche Interessenkonflikte innerhalb des Unternehmens und vor allem der Verdacht einer Verbindung zum chinesischen Nachrichtendienst.
Gerade der letzte Vorwurf verleiht der Affäre ihre politische Sprengkraft. Aus einer privaten Angelegenheit wurde eine Frage der nationalen Sicherheit.
Ob diese Entwicklung das Ergebnis tatsächlicher Sicherheitsbedenken oder einer gezielten politischen Instrumentalisierung war, ist bislang nicht erwiesen. Dennoch stellt sich die Frage, ob persönliche Verfehlungen zum willkommenen Anlass wurden, einen wirtschaftlich mächtigen und politisch unbequemen Unternehmer zu entmachten.
Die Geschichte der Macht zeigt, dass moralische Anschuldigungen nicht selten dort besondere Bedeutung erlangen, wo politische und wirtschaftliche Interessen aufeinandertreffen. Daraus folgt kein Beweis für eine Intrige im Fall Huang. Es ist jedoch ein Grund, die Interessen hinter der öffentlichen Eskalation ebenso sorgfältig zu untersuchen wie die Anschuldigungen selbst.

Die Selbstgefährdung einer technologischen Weltmacht

Noch schwerer wiegt ein anderer Widerspruch. Die Vereinigten Staaten verdanken einen erheblichen Teil ihrer technologischen Überlegenheit der Fähigkeit, Wissenschaftler, In-

genieure und Unternehmer aus aller Welt anzuziehen. Ihre Innovationskraft entstand nicht aus nationaler Abschottung, sondern aus der Verbindung internationaler Begabungen mit amerikanischem Kapital, Forschungseinrichtungen und Unternehmergeist.
Wenn jedoch Menschen chinesischer Herkunft zunehmend unter einen pauschalen sicherheitspolitischen Verdacht geraten, droht Amerika eine seiner wichtigsten historischen Stärken zu beschädigen.
Zwischen der notwendigen Abwehr tatsächlicher Spionage und einem allgemeinen Misstrauen gegenüber ethnischer Herkunft besteht ein fundamentaler Unterschied.
Eine Grossmacht, die diesen Unterschied nicht mehr erkennt, gefährdet langfristig ihre eigene Leistungsfähigkeit.

Sollte eine solche Entwicklung dazu führen, dass führende Wissenschaftler und Unternehmer ihre Zukunft ausserhalb der Vereinigten Staaten suchen, wären die Folgen weitreichender als der Verlust einzelner Unternehmen oder Technologien.

Die eigentliche Gefahr für Amerika liegt dann nicht allein im technologischen Aufstieg Chinas, sondern in der Möglichkeit, dass die Vereinigten Staaten aus Angst vor dem Verlust ihrer Vorherrschaft beginnen, die Grundlagen dieser Vorherrschaft selbst zu zerstören.

Darin läge die geschichtliche Ironie: Eine Weltmacht, die ihre Überlegenheit durch Kontrolle bewahren will, könnte gerade dadurch den Aufstieg ihres Rivalen beschleunigen.